

Der Verhandlungsführer der FARC in Havanna, Iván Márquez, hat in einem Brief an das kolumbianische Offizierskorps versucht, die Offiziere von seiner Sicht auf eine Übergangsjustiz zu überzeugen.

SEMANA berichtet am 08.08.2015 über die Reaktion der Militärs:

### **Der Brief von Márquez überzeugte die Militärs nicht**

Am Abend des Donnerstags antwortete General i.R. Jaime Ruiz, Direktor der Acore (Vereinigung von Offizieren im Ruhestand, A.d.Ü.) auf Márquez' Brief mit dem Titel von Alejandro Fernandez' Lied: „Ich danke dir, sage aber Nein“. Der Offizier, der einer der schärfsten Kritiker der Verhandlungen gewesen war, lehnte die Einladung ab, die Iván Márquez ausgesprochen hatte, um über das Thema der Justiz in Havanna zu sprechen.

Márquez, eine der Spitzen der FARC bei den Verhandlungen, hatte pensionierte Militärs unter Einschaltung von General Mora eingeladen, ein recht ungewöhnliches Verfahren. Der Ton des Schreibens ist deutlich, aber respektvoll. Zu Beginn wird die Absicht geäußert zu erläutern, welche Maßnahmen im Bereich der Justiz nötig seien, um den mehr als 50 Jahre andauernden bewaffneten Konflikt zu beenden.

Weiter im Text des Briefes vergleicht der FARC-Chef seine Organisation mit den Kommunisten und mit dem Heer Bolívars, welches das Volk vom „damaligen spanischen Unterdrücker befreite“. In diesem Sinne schlägt er vor, die Handlungen der FARC sollten als politische Verbrechen behandelt und als solche amnestiert werden.

Der Brief beseitigt auch ein besonderes Missfallen, das die Militärs bezüglich der Debatte über die Justiz in Havanna gehegt hatten. Die Militärs hatten es immer als Beschimpfung empfunden, sie gleichzusetzen mit den subversiven Gruppen, weswegen Präsident Santos erklärt hatte, man strebe eine gewisse Symmetrie an.

Márquez versichert, die beiden Seiten könnten nicht mit „symmetrischen Mitteln behandelt werden, hinsichtlich all dessen, womit wir in diesem Krieg konfrontiert waren. Denn jede Kampfpartei besitzt einen anderen juristischen Status“. Er fügt hinzu, dass ohne Zweifel alle „Gleichheit, Gleichbehandlung und proportionales juristisches Entgegenkommen genießen müssen, angesichts der Wahrheit, die wir dem Land offenlegen müssen, angesichts unserer Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen und angesichts unserer Verpflichtung zur Entschädigung der Opfer“.

Vehement betont der Guerrillaführer, auf beiden Seiten bestünden Befürchtungen, dass die Gespräche darauf hinauslaufen könnten „zu einem Strafprozess gemacht zu werden gegen die FARC oder gegen die Streitkräfte“. Er besteht darauf, aus der Sicht der FARC handele es sich um einen politischen Prozess, den man nicht mit der Androhung von Gefängnisstrafen verknüpfen dürfe. Iván Márquez stimmt in einigen Punkten überein mit den Äußerungen des juristischen Beraters der FARC, Enrique Santiago, in einem Interview mit SEMANA. Darin versicherte der Spanier, die Verbrechen auf staatlicher Seite dürften nicht nur den Streitkräften angelastet werden, weil die Befehlskette viel weiter nach oben reiche. Márquez gibt zu erkennen, dies reiche „bis in die höchste Spitze der politischen Macht“, die keinerlei Immunität genießen dürfe. Daher kritisiert er auch die Verabschiedung des Militärstrafrechts, das er als Instrument betrachtet, mit dessen Hilfe man ausschließlich Militärs zu Hauptverantwortlichen erklären könne.

Auf all diese Gründe stützt sich die Einladung an die Offiziere im Ruhestand zu den Verhandlungen in Havanna. Die FARC erwartet, man könne auf der Insel „eingehend über die Szenarien reden, die in Frage kommen, um zu einer Lösung in der juristischen Materie zu gelangen, die für alle akzeptabel ist. Wir sind uns sicher, dass ohne Ihre Auffassung zu kennen es sowohl unmöglich sein dürfte, einen stabilen und dauerhaften Frieden zu entwickeln, als auch zu einer nationalen Versöhnung zu gelangen“. Ruiz antwortete klipp und klar: Sie werden nicht kommen.